

II-4962 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3930/J

1992 -12- 0 4

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Brünner
und Kollegen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend die Situation auf dem Studentenwohnsektor

Der Bundesvoranschlag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für 1993 sieht eine Erhöhung der Mittel für Studentenheime um 37,000.000,-- Schilling auf 86,213.000,-- S vor. Trotz dieser erfreulichen Steigerung um 75,18 % bleibt die Situation auf dem Studentenwohnsektor weiterhin unbefriedigend.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind sich des Umstandes bewußt, daß der Bund keine Kompetenz für den Studentenheimbau besitzt, sondern nur im Wege der Förderung von Projektorganisationen dazu beitragen kann, zusätzliche Studentenheimwohnplätze zu schaffen.

Da dabei das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung darauf angewiesen ist, welche Projekte eingereicht werden und wie weit sich Gebietskörperschaften, berufliche Interessensvertretungen und private Organisationen daran beteiligen, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

-2-

A n f r a g e :

- 1) Können Sie eine Aufstellung über die Verwendung der für den Studentenwohnraum vorgesehenen Budgetmittel geben?
- 2) Welche sonstigen Aktivitäten wie etwa das Domus-Programm setzen Sie in diesem Zusammenhang?
- 3) In welchem Umfang sind die Länder an Heimträgern beteiligt?
- 4) Gibt es gegenüber 1990 und 1991 eine merkbare Steigerung in der Beteiligung der Länder an Heimträgern?
- 5) Gibt es eine Aufstellung darüber, in welchem Verhältnis Bund, Gebietskörperschaften, berufliche Interessensvertretungen und Private an Heimträgern beteiligt sind, beziehungsweise diese unterstützen?
- 6) Sind Ihnen sonstige Initiativen zur Wohnraumbeschaffung für Studierende seitens der Länder, der Gebietskörperschaften, der beruflichen Interessensvertretungen oder Privater bekannt?
- 7) Sind insbesondere von seiten der Gebietskörperschaften Zusagen erfolgt, Grundstücke bzw. Wohnraum für bestimmte Heimträgerorganisationen zur Verfügung zu stellen und infrastrukturell zu erschließen?